

22. JANUAR 1905

Aus Lenins Vortrag über die Revolution von 1905*)

Jugendgenossen, Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Wir feiern heute den zwölften Jahrestag des „blutigen Sonntag“, der mit Recht als Beginn der russischen Revolution betrachtet wird.

Tausende von Arbeitern — wohlgerührt keine Sozialdemokraten, sondern religionsfromme, kaiserfromme Leute — unter der Führung des Priesters Gapon gehen von allen Stadtteilen aus zum Zentrum der Hauptstadt, zum Platze vor dem Winterpalast, um dem Zaren eine Petition zu übergeben. Die Arbeiter gehen mit Heiligenbildern, und ihr damaliger Führer Gapon versicherte dem Zaren schriftlich, er bürge ihm für die Unverletzlichkeit seiner Person und bitte ihn, vor dem Volke zu erscheinen.

Das Militär wird aufgeboten. Ulanen und Kosaken greifen die Menge mit der blanken Waffe an, es wird geschossen auf die waffenlosen Arbeiter, die auf den Knien die Kosaken flehten, sie zum Kaiser zu lassen. Nach polizeilichen Mitteilungen gab es mehr als tausend Tote, mehr als zweitausend Verwundete. Die Erbitterung der Arbeiter war unbeschreiblich.

Das ist das allgemeine Bild des 22. Januar 1905, des blutigen Sonntag.

Um ihnen die geschichtliche Bedeutung dieses Ereignisses anschaulicher zu machen, werde ich einige Stellen aus der Arbeiterpetition verlesen. Die Petition beginnt folgendermassen:

„Wir, Arbeiter, Bewohner von Petersburg, kommen zu Dir. Wir sind elende, beschimpfte Sklaven und erstickt von Despotismus und Willkür. Als die Grenze der Geduld erreicht war, stellten wir die Arbeit ein und baten unsere Herren, uns nur das zu geben, ohne das das Leben eine Qual ist. Aber alles wurde abgelehnt, alles ist nach der Meinung der Fabrikanten ungesetzlich. Wir hier, viele Tausende, sowie das ganze russische Volk, haben keine Menschenrechte. Durch Deine Beamten sind wir Sklaven geworden.“

Die Petition zählt die Forderungen auf: Amnestie, öffentliche Freiheiten, den Normalarbeitslohn, die allmähliche Übergabe des Grund und Bodens an das Volk, die Einberufung einer Konstituante auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und schließt mit den Worten:

„Kaiser, hilf Deinem Volke! Vernichte die Scheidewand zwischen Dir und dem Volke . . . Befehl die Erfüllung unserer Bitten, und Du machst Rußland

glücklich; wenn nicht, so sterben wir hier. Wir haben nur zwei Wege: Freiheit und das Glück oder das Grab.“

Es wird einem eigentümlich zumute, wenn man jetzt diese Petition der ungebildeten, analphabetischen, von einem patriarchalischen Priester geführten Arbeiter liest. Unwillkürlich drängt sich die Parallele auf zwischen dieser naiven Petition und den heutigen Friedensresolutionen der Sozialpazifisten. d. h. Leuten, die Sozialisten sein wollen und die in Wirklichkeit nur bürgerliche Phrasen sind. Die ungebildeten Arbeiter des vorrevolutionären Rußland wußten nicht, daß der Zar das Haupt einer herrschenden Klasse ist, nämlich der Großgrundbesitzer, die schon durch tausend Fäden mit der Großbourgeoisie verknüpft sind, und die ihre Monopole, Privilegien und Gewinne mit allen Mitteln der Gewalt zu schützen entschlossen sind. Die heutigen Sozialpazifisten, die für „hochgebildete“ Leute — Scherz beiseite! — gelten wollen, wissen nicht, daß von den bürgerlichen Regierungen, die den imperialistischen, den Raubkrieg führen, einen „demokratischen“ Frieden zu erwarten ebenso dumm ist, wie der Gedanke, man könnte mit friedlichen Petitionen den Blut-Zaren zu demokratischen Reformen bewegen.

Der große Unterschied bei alledem ist der, daß die heutigen Sozialpazifisten zu einem geräumigen Teil Heuchler sind, die das Volk durch göttliches Zureden vom revolutionären Kampfe ablenken wollen, während die ungebildeten russischen Arbeiter des vorrevolutionären Rußland durch ihre Taten bewiesen haben, daß sie aufrichtige Leute waren, die zum ersten Male zum politischen Bewußtsein erwachten.

Eben in diesem Erwachen der ungeheuren Volksmassen zum politischen Bewußtsein und zu revolutionären Kämpfen besteht die geschichtliche Bedeutung des 22. Januar 1905.

„Es gibt noch kein revolutionäres Volk in Rußland“ — so hat zwei Tage vor dem „blutigen Sonntag“ der damalige Führer der russischen Liberalen geschrieben, Herr Peter Struve, der damals ein illegales, freies Organ im Auslande herausgab. So absurd erschien diesem „hochgebildeten“, hochnasigen und hochdummen Führer der bürgerlichen Reformisten die Idee, dass ein analphabetes Bauernland ein revolutionäres Volk gebären kann! So fest überzeugt waren die damaligen — ganz wie die heutigen — Reformisten davon, eine wirkliche Revolution sei unmöglich!

INFORMATISCHE MITTEILUNG ÜBER DAS ORDENTLICHE PLENUM DES ZK der KP(B)SU

Dieser Tage fand das ordentliche Plenum des Zentralkomitees der KP(B)SU statt.

Das Plenum behandelte die Fragen der Session des Obersten Sowjets der UdSSR und faßte die entsprechenden Beschlüsse.

Das Plenum behandelte die Frage „Ueber die Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluß von Kommunisten aus der Partei, über das formell bürokratische Verhalten zu den Appellationen aus der KP(B)SU Ausgeschlossener und über die Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel“ und faßte den entsprechenden Beschluß, der nachstehend veröffentlicht wird.

Außerdem behandelte das Plenum eine Reihe Wirtschaftsfragen und faßte die entsprechenden Beschlüsse.

Das Plenum befreite Gen. Postyschew P. P. aus dem Bestand der Mitgliederkandidaten des Politbüros des ZK der KP(B)SU.

Das Plenum führte in den Bestand der Mitgliederkandidaten des Politbüros des ZK der KP(B)SU den Sekretär des Moskauer Gebitskomitees der KP(B)SU Gen. Chruschtschew N. S. und in den Bestand des Orgbüros des ZK der KP(B)SU — Gen. Mechlis L. S. ein.

UEBER DIE FEHLER DER PARTEIORGANISATIONEN BEIM AUSSCHLUSS VON KOMMUNISTEN AUS DER PARTEI, UEBER DAS FORMELL-BUEROKRATISCHE VERHALTEN ZU DEN APPELLATIONEN AUS DER KP(B)SU AUSGESCHLOSSENER UND UEBER DIE MASSNAHMEN ZUR BESEITIGUNG DIESER MAENDEL

Beschluß des Plenums des ZK der KP(B)SU

Das Plenum des ZK der KP(B)SU erachtet es für notwendig, die Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen und ihrer Leiter darauf zu lenken, daß sie, während sie eine große Arbeit zur Reinigung ihrer Reihen von den trotzkistisch-rechten Agenten des Faschismus durchführen, im Prozesse dieser Arbeit ernste Fehler und Verzerrungen zulassen, die die Sache der Reinigung der Partei von den Doppelspielern, Spionen, Schädlingen behindern. Entgegen den wiederholten Anweisungen und Warnungen des ZK der KP(B)SU gehen die Parteiorganisationen in vielen Fällen vollkommen falsch und verbrecherisch leichtsinnig an den Ausschluß von Kommunisten aus der Partei heran.

Das ZK der KP(B)SU forderte von den Parteiorganisationen und ihren Leitern nicht nur einmal ein aufmerk-

sames, individuelles Herantreten an die Mitglieder der Partei bei der Entscheidung von Fragen über den Ausschluß aus der Partei oder über die Wiederherstellung falsch aus der KP(B)SU Ausgeschlossener in den Rechten von Parteimitgliedern.

Das Plenum des ZK der KP(B)SU wies in seinem Beschluß vom 5. März 1937 zum Bericht des Genossen Stalin „Ueber die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelspieler“ hin:

„Einigen unseren Parteileitern fehlt die nötige Aufmerksamkeit zu den Menschen, zu den Parteimitgliedern, zu den Funktionären. Mehr noch, sie studieren die Funktionäre nicht, wissen nicht, wie sie leben und wie sie wachsen, kennen ihre Kader überhaupt nicht. Eben des-

wegen haben sie kein individuelles Herantreten an die Parteimitglieder, an die Parteifunktionäre. Das individuelle Herantreten aber ist die Hauptsache in unserer Organisationsarbeit. Und gerade deswegen, weil sie kein individuelles Herantreten bei der Einschätzung der Parteimitglieder und der Parteifunktionäre haben, handeln sie gewöhnlich aufs Geratewohl: sie loben sie entweder in Bausch und Bogen, ohne Maß, oder prügeln sie sie ebenso in Bausch und Bogen, ohne Maß, schließen sie zu Tausenden und Zehntausenden aus der Partei aus. Einige unserer Parteileiter sind überhaupt bestrebt, in Zehntausenden zu denken, ohne sich um „Einheiten“, um einzelne Parteimitglieder, um deren Schicksal zu kümmern. Tausende und zehntausende Leute aus der Partei auszuschließen halten sie für eine Kleinigkeit, wobei sie sich damit trösten, daß unsere Partei groß ist und zehntausende Ausgeschlossener nichts am Stand der Partei zu ändern vermögen. So aber können an Parteimitglieder nur Leute herantreten, die im Grunde genommen tief parteiwidrig eingestellt sind.“

Infolge einer solchen herzlosen Haltung gegenüber den Menschen, gegenüber den Parteimitgliedern und den Parteifunktionären wird künstlich Unzufriedenheit und Erbitterung in einem Teil der Partei hervorgerufen.

Es ist verständlich, daß sich die trotzkistischen Doppelspieler schlaue an solche erbitterte Genossen heranmachen und sie geschickt mit sich in den Sumpf des trotzkistischen Schädlingwesens zerren.“

(Fortsetzung auf der 2. Seite)

*) Gehalten in einer Jugendversammlung in Zürich, 1916.

Vor dem 22. (nach der russischen Zeitrechnung 9.) Januar 1905 bestanden die revolutionären Parteien Rußlands aus einem kleinen Haufen von Leuten — eine „Sekte“, beschimpften uns die damaligen (ganz wie die heutigen!) Reformisten. Einige hundert revolutionäre Organisatoren, einige tausend Mitglieder der Lokalorganisationen, ein halbes Dutzend nicht öfter als monatlich erscheinender revolutionärer Blätter — die hauptsächlich im Auslande publiziert und mit enormen Schwierigkeiten und Opfern nach Rußland geschmuggelt wurden —, das waren die revolutionären Parteien Rußlands und die revolutionäre Sozialdemokratie an ihrer Spitze vor dem 22. Januar 1905. Das gab den ebenso bornierten wie hochmütigen Reformisten das formelle Recht, zu behaupten, es

gebe noch kein revolutionäres Volk in Rußland.

In einigen Monaten sah es vollständig anders aus! Hunderte revolutionäre Sozialdemokraten wuchsen „plötzlich“ zu Tausenden. Tausende wurden zu Führern von 2—3 Millionen Proletariern. Der proletarische Kampf erzeugte eine große Gärung, teilweise eine revolutionäre Bewegung, innerhalb der Masse von 50 — 100 Millionen Bauern, die Bauernbewegung erzeugte Sympathie im Heere und führte zu Militäraufständen, zu bewaffneten Kämpfen eines Teiles des Heeres gegen den anderen Teil. So geriet das ungeheuer Land mit 130 Millionen Einwohnern in die Revolution, so ist aus dem schlafenden Rußland das Rußland des revolutionären Proletariats und des revolutionären Volkes entstanden.

Ueber die Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluß von Kommunisten aus der Partei, über das formell-bürokratische Verhalten zu den Appellationen aus der KP(B)SU Ausgeschlossener und über die Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel

Beschluß des Plenums des ZK der KP(B)SU

(Fortsetzung von der 1. Seite)

In demselben Beschluß des Plenums des ZK der KP(B)SU ist gesagt:

„Die Praxis des formellen und herzlos bürokratischen Verhaltens zur Frage über das Schicksal einzelner Parteimitglieder, über den Ausschluß von Parteimitgliedern aus der Partei oder über die Wiederherstellung Ausgeschlossener in den Rechten von Parteimitgliedern zu verurteilen.“

Die Parteiorganisationen zu verpflichten, bei der Entscheidung der Frage über den Ausschluß aus der Partei oder über die Wiederherstellung Ausgeschlossener in den Rechten von Parteimitgliedern maximale Vorsichtigkeit und genossenschaftliche Sorge an den Tag zu legen.“

In dem Brief vom 24. Juni 1936 „Ueber die Fehler bei der Behandlung der Appellationen aus der Partei Ausgeschlossener während der Prüfung und des Umtausches der Parteidokumente“ wies das ZK der KP(B)SU auf das nicht ernste, in einer Reihe Fälle aber herzlos bürokratische Verhalten der Parteiorgane zur Behandlung der Appellationen aus der Partei Ausgeschlossener hin:

„Entgegen den Anweisungen des ZK,—heißt es in diesem Briefe,—werden die Appellationen der Ausgeschlossenen äußerst langsam behandelt. Viele Ausgeschlossene suchen monatelang die Behandlung der von ihnen eingereichten Appellationen zu erreichen. Eine große Anzahl Appellationen wurde in Abwesenheit, ohne jegliche Prüfung der Gesuche der Appellierenden, ohne Sicherung der Möglichkeit für die Appellierenden behandelt, ausführliche Erläuterungen anlässlich der Ur sachen ihres Ausschlusses aus der Partei zu geben.“

In einer Reihe Rayon parteiorganisationen wurde eine gänzlich unduldbare Willkür gegenüber den aus der Partei Ausgeschlossenen zugelassen. Die wegen Verheimlichung der sozialen Herkunft und wegen Passivität, nicht aber aus Motiven ihrer feindlichen Tätigkeit gegen die Partei und die Sowjetmacht aus der Partei Ausgeschlossenen wurden automatisch von der Arbeit abgesetzt, es wurden ihnen die Wohnungen entzogen u. dgl.

Auf solche Weise spielten die Parteileiter dieser Parteiorganisationen, die sich die Weisungen der Partei über die bolschewistische Wachsamkeit nicht wirklich zu eigen gemacht hatten, durch ihr formell-bürokratisches Verhalten zur Behandlung der Appellationen der Ausgeschlossenen bei der Prüfung der Parteidokumente den Feinden der Partei in die Hände.“

Wie zu ersehen ist, lagen warnende Anweisungen an

die örtlichen Parteiorganisationen vor.

Und dennoch fahren viele Parteiorganisationen und ihre Leiter ungeachtet dessen fort, sich zum Schicksal einzelner Parteimitglieder formell und herzlos bürokratisch zu verhalten.

Es sind nicht wenige Tatsachen bekannt, wo die Parteiorganisationen ohne jegliche Prüfung und folglich unbegründet Kommunisten aus der Partei ausschließen, sie von der Arbeit entfernen, nicht selten sogar ohne jeglichen Grund dazu sie als Feinde des Volkes erklären, Ungesetzlichkeiten und Willkür über Parteimitglieder stiften.

So zum Beispiel: das ZK der KP(B) Aserbeidshans bestätigte in einer Sitzung am 5. November 1937 mechanisch den Ausschluß von 279 Personen aus der Partei; das Stalingrader Gebietskomitee bestätigte am 26. November den Ausschluß von 69 Personen; das Nowosibirsker Gebietskomitee bestätigte am 28. November mechanisch die Beschlüsse der Rayonkomitees der KP(B)SU über den Ausschluß von 72 Personen aus der Partei; in der Ordshonikidse Gauparteiorganisation hob das Parteikollegium der Kommission für Parteikontrolle beim ZK der KP(B)SU die Beschlüsse über den Ausschluß von 101 Kommunisten aus der Zahl von 160 Personen, die Appellationen eingereicht hatten, als falsch und gänzlich unbegründete Beschlüsse auf; in der Nowosibirsker Parteiorganisation mußten auf dieselbe Weise 51 Beschlüsse von 80 aufgehoben werden; in der Rostower Parteiorganisation wurden 43 Beschlüsse von 66 aufgehoben; in der Stalingrader Parteiorganisation — 58 von 103; in der Saratower — 80 von 134; in der Kursker Parteiorganisation — 56 von 92; in der Winni zaer — 164 von 337 usw.

In vielen Rayons des Charkower Gebiets sind zahlreiche Tatsachen vorhanden, wo unter dem Schein von „Wachsamkeit“ aus der Partei Ausgeschlossene und parteilose Arbeiter ungesetzlich von der Arbeit entlassen und ihnen die Gewährung von Arbeit verweigert wird. Im Smijewsker Rayon wurden im Oktober und November 1937 ohne jegliche Ursache 36 Lehrer von der Arbeit entlassen und weitere 42 zur Entlassung vorgemerkt. Das Resultat davon ist, daß in den Schulen der Dörfer Taranowka, Samosijashnoje, Skrypajewka u. a. die Geschichte, die Konstitution der UdSSR, die russische, die ukrainische und die Fremdsprachen nicht vorgelesen werden.

In der Stadt Smijew trug die Lehrerin Shurko, geboren 1904, Tochter eines Kollektivisten, die eine achtjährige pädagogische Stage hat, Fernstudentin des 4. Kursus

des Pädinstituts ist, Biologie vor. In der örtlichen Zeitung erschien ein Artikel über ihren Bruder, der als Pädagoge in der Stadt Isjum arbeitet, als von einem Nationalisten. Dies erwies sich als genügend, um Shurko von der Arbeit zu entlassen. In Verbindung mit der Entlassung der Gen. Shurko wurde ihrem Manne gegenüber politisches Mißtrauen geäußert und die Frage auch über seine Entlassung von der Arbeit gestellt. Bei der Prüfung aber stellte es sich heraus, daß der Artikel über den Bruder der Shurko sich als ein verleumderischer erwies und er von der Arbeit nicht entlassen worden war.

In der Stadt Charkow wurde in den Angelegenheiten einer verhafteten Trotzkinin Gorskaja von den Organen des VK für Innere Angelegenheiten die Arbeiterin des Fabrikkomitees der Fabrik namens Tinjakow, Einhorn, als Zeugin abgefragt. Ueber ihre Einladung in das VK für Innere Angelegenheiten teilte sie dem Chef der Spezialabteilung Semjonkow mit, der gleich nach diesem im Parteikomitee des Betriebes die Frage über Verbindung der Einhorn mit der Trotzkinin Gorskaja stellte. Das Resultat war, daß Einhorn von der Arbeit im Fabrikkomitee befreit und entlassen wurde. Der Mann der Schwester Einhorns, der in der Redaktion der örtlichen Zeitung arbeitete, wurde dafür entlassen, daß er die Verbindung der Schwester seiner Frau mit Trotzkinin nicht mitteilte.“

Das Kursker Gebietskomitee der KP(B)SU schloß das Parteimitglied, Vorsitzende des Fabrikkomitees der Dmitro-Taranowsker Zuckerfabrik Iwantschenkowa ohne jegliche Prüfung, in ihrer Abwesenheit aus der Partei aus und erzielte ihre Vertreibung, indem es ihr bewußt eine konterrevolutionäre Vorbereitung des Auftritts des parteilosen Arbeiters Kullnitschenko in der Vorwahlversammlung in den Obersten Sowjet zuschrieb. Bei der Prüfung wurde festgestellt, daß die ganze „Schuld“ der Iwantschenkowa darin bestand, daß Kullnitschenko in der Vorwahlversammlung der parteilosen Arbeiter, nachdem er über sein Leben erzählt hatte, von der Rede abkam und vergaß, den Namen des Deputiertenkandidaten in den Obersten Sowjet zu nennen.

In vielen Rayons des Kuibyschewer Gebiets ist eine große Zahl Kommunisten mit der Motivierung aus der Partei ausgeschlossen worden, daß sie Feinde des Volkes seien. Währenddessen finden die Organe des VK für Innere Angelegenheiten keinerlei Gründe zur Verhaftung dieser aus der Partei Ausgeschlossenen. So hat z. B. das Bolsche-Tschernigower Rayonkomitee der KP(B)SU 50 Personen aus

der allgemeinen Zahl von 210 Kommunisten, die in der Rayon-Parteiorganisation stehen, aus der Partei ausgeschlossen und als Feinde des Volkes erklärt, während in bezug auf 43 von diesen Ausgeschlossenen die Organe des VK für Innere Angelegenheiten keinerlei Gründe zur Verhaftung fanden. Im Parteikollegium der Kommission für Parteikontrolle beim ZK der KP(B)SU für das Kuibyschewer Gebiet erscheinen viele von den Rayonkomitees der KP(B)SU als Feinde des Volkes Ausgeschlossene mit der Forderung, sie entweder zu verhaften oder sie von dem Schandmal zu befreien.

Das ZK der KP(B)SU verfügt über Angaben, daß dergleichen Tatsachen auch in anderen Parteiorganisationen vorhanden sind.

Das Plenum des ZK der KP(B)SU erachtet, daß all diese und ähnliche Tatsachen in den Parteiorganisationen vor allem deshalb Verbreitung haben, weil es unter den Kommunisten noch einzelne Karrieristen Kommunisten gibt, die noch nicht entdeckt und entlarvt sind, die bemüht sind, sich durch Ausschüsse aus der Partei, durch Repressalien gegenüber den Parteimitgliedern auszuzeichnen und hervorzutun, die bemüht sind, sich gegen mögliche Anschuldigungen wegen Mangel an Wachsamkeit durch Anwendung von unbegründeten Repressalien gegen die Parteimitglieder zu versichern.

Ein solcher Karrierist-Kommunist rechnet, daß, insofern über ein Parteimitglied ein Gesuch eingelaufen ist, wenn auch ein falsches oder sogar provokatorisches, es dieses Parteimitglied, für die Organisation gefährlich ist und man sich von ihm möglichst schnell befreien muß, um sich als einen Wachsammen zu versichern. Deshalb erachtet er es als überflüssig, objektiv die dem Kommunisten vorgelegten Anschuldigungen zu behandeln und entscheidet im voraus die Notwendigkeit des Ausschlusses desselben aus der Partei.

Ein solcher Karrierist-Kommunist, bestrebt, sich emporzuheben, verbreitet ohne jegliche Auswahl Panik bezüglich der Feinde des Volkes und fordert schreiend mit Leichtigkeit in den Parteiversammlungen den Ausschluß von Parteimitgliedern aus der Partei aus irgendeinem formellen Grund oder überhaupt ohne jeglichen Grund. Die Parteiorganisationen aber gehen oftmals am Gängelband solcher Schreier-Karrieristen.

Ein solcher Karrierist-Kommunist verhält sich teilnahmslos zum Schicksal der Parteimitglieder und ist bereit, bewußt Dutzende Kommunisten falsch aus der Partei auszuschließen, um selbst wachsam zu scheinen. Er ist

bereit, für geringwichtige Vergehen Parteimitglieder aus der Partei auszuschließen, um sich „Verdienste“ in der Entlarvung von Feinden zuzuschreiben, wenn aber die höherstehenden Parteiorganisationen diese aus der Partei falsch Ausgeschlossenen wiederherstellen, so fühlt er sich keinesfalls verlegen, nimmt die Pose eines Menschen an, der damit zufrieden ist, daß er sich jedenfalls auf Kosten der „Wachsamkeit“ überversichert hat.

Anstatt die Maske der falschen Wachsamkeit von solchen „Kommunisten“ zu reißen und sie ans Tageslicht zu führen, schaffen die Parteiorganisationen und ihre Leiter ihnen nicht selten selbst die Aureole wachsender Kämpfer für die Reinheit der Reihen der Partei.

Es ist Zeit, solche, mit Verlaub zu sagen, Kommunisten zu entlarven und sie als Karrieristen zu brandmarken, die bemüht sind, auf Kosten von Ausschüssen aus der Partei sich emporzuheben, die bemüht sind, sich mit Hilfe von Repressalien gegen Parteimitglieder überzuversichern.

Es sind weiterhin nicht wenig Tatsachen bekannt wo maskierte Feinde des Volkes, Schädiger-Doppelspieler in Provokationsabsichten die Eingabe von verleumderischen Gesuchen über Parteimitglieder unter dem Anschein der „Entfaltung der Wachsamkeit“ organisieren und den Ausschluß ehrlicher und ergebener Kommunisten aus den Reihen der KP(B)SU anstreben, wodurch sie von sich den Schlag abwenden und sich in den Reihen der Partei halten.

Der entlarvte Feind des Volkes, der ehemalige Leiter der Abteilung für leitende Parteiorgane des Rostower Gebietskomitees der KP(B)SU Schatzki und seine Helfershelfer schlossen, die politische Kurzsichtigkeit der Leiter des Rostower Gebietskomitees der KP(B)SU ausnützend, ehrliche Kommunisten aus der Partei aus, legten den Funktionären offensichtlich unrichtige Strafen auf, erbitterten auf jegliche Art und Weise die Kommunisten, während sie gleichzeitig alles Mögliche taten, um ihre konterrevolutionären Kader in der Partei zu bewahren.

In demselben Rostow führte die ehemalige Leiterin der Schulabteilung des Gebietskomitees der KP(B)SU, die Feindin des Volkes Schestowa, im Auftrag der konterrevolutionären Organisation in der Parteiorganisation des Rostower Pädagogischen Instituts den Ausschluß von ungefähr 30 ehrlichen Kommunisten aus der Partei durch.

Fortsetzung in der nächsten Nummer

Verantwortlicher Redakteur: K. Wunder.